

Stadtverwaltung Tübingen

18.05.2021

Interfraktioneller Antrag:

Die Stadtverwaltung organisiert zeitnah einen Workshop zum Thema Erinnerungskultur und der möglichen Einrichtung eines Lern- und Dokumentationszentrums zum Nationalsozialismus. Dabei werden folgende Themenfelder beleuchtet:

- Kooperation und Vernetzung der verschiedenen, in diesem Feld tätigen Gruppen und Einzelpersonen untereinander und mit der Stadtverwaltung
- Schwerpunktsetzung in der Erinnerungskultur, Bezug zu aktuellen Themen wie Rassismus und Antisemitismus
- Konkretisierung des Bedarfs an Räumlichkeiten, Finanzierung und Personalbedarf für die Einrichtung eines Lernortes in der Stadt
- Prüfung der Eignung des Standorts Güterhalle rund um den Beobachtungsstand für ein LDNS, z.B. im Keller
- Prüfung der Kooperationsmöglichkeiten mit dem Stadtarchiv bei Planung und Betrieb eines Lern- und Dokumentationszentrums, ggf. zusätzlicher Bedarf an Ressourcen

An diesem Workshop sollen neben der Vertretung des FB Kunst und Kultur und dem Stadtarchiv vorrangig folgende Gruppen bzw. Akteur*innen beteiligt werden:

- in der seitherigen Erinnerungskultur-Arbeit aktive Gruppen und Einzelpersonen aus der Zivilgesellschaft und den Medien
- eine Vertretung des Landratsamtes (Herr Sannwald, Organisation Jugendguides)
- eine Vertretung der Universität
- der Jugendgemeinderat sowie eventuell weitere junge Leute aus der Stadtgesellschaft

Begründung:

Die Verwaltung hat mit der Vorlage 102/2021 verdeutlicht, dass der Stadt das in der Kulturkonzeption verankerte Thema Erinnerungskultur wichtig ist. Ihr ist zugleich daran gelegen, das Thema stärker auf die heutige Situation zuzuschneiden. Es stehen zwei Ziele im Mittelpunkt: den Diskurs über vergangene Epochen – insbesondere die NS-Diktatur – in der Mitte der (Stadt-)Gesellschaft zu halten und junge Menschen durch Nutzung zeitgerechter Formen und Formate für Themen der Erinnerungskultur zu gewinnen. Schließlich sollen die verschiedenen Akteur*innen besser vernetzt werden. Dazu soll ein solcher Workshop dienen.

Zugleich steht aktuell die Entscheidung über die Nutzungskonzeption von Kopfgebäude und Halle des Güterbahnhofs an. Mit dem Beobachtungsstand gibt es dort einen - durchaus raren - konkreten Bezugspunkt zum Nazi-Regime, speziell zum Einsatz von Zwangsarbeitern. Der Erhalt des Beobachtungsstandes ist unstrittig.

Wenn es einerseits Konsens ist, das Thema Erinnerungskultur mittels eines zeitgemäßen Lernortes in der jungen Generation wach zu halten und andererseits über die Nutzung eines öffentlichen Gebäudes in der Stadtmitte mit einem konkreten Bezugspunkt zum Thema Nationalsozialismus zu entscheiden ist, so liegt es nahe, einen nochmaligen Versuch zu unternehmen, beides zu verknüpfen. Auch wenn keine räumliche Nachbarschaft zum städtischen Archiv entsteht, so sind trotzdem organisatorische und strukturelle Kooperationsmodelle mit dem Stadtarchiv denkbar.

Für die Fraktion AL/Grüne: Susanne Bächer

Für die SPD-Fraktion: Ute-Leube-Dürr, Ingeborg Höhne-Mack

Für die CDU-Fraktion: Ulrike Ernemann

Für die Fraktion Die Linke: Gerlinde Strasdeit